



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/123 - 1. Juni 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Konkordat im Zwielficht	S. 1
Labiler Westen	S. 3
Noch einmal: Adenauer in Köln	S. 5
Die zweite industrielle Revolution	S. 6

---

## Eine unzweckmässige Verfassungsklage

O.G. Wer geglaubt hatte, die Debatte über die von Abgeordneten der SPD, der FDP und des BHE eingebrachte Grosse Anfrage, das Reichskonkordat betreffend, werde das Startsignal für einen Kulturkampf auslösen, sah sich getäuscht. Die Diskussion wurde mit bemerkenswerter Ruhe und Toleranz geführt. Angesichts der unseligen politischen Spaltung unseres Volkes wäre es in der Tat ein Verhängnis, auch noch zwischen den Konfessionen einen "eisernen Vorhang" niedergehen zu lassen.

Aus dieser Sorge heraus hatten sich die Unterzeichner der Grossen Anfrage an die Bundesregierung gewandt. Denn die von der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht erhobene Klage gegen das Land Niedersachsen, dessen Schulgesetz angeblich Bestimmungen des Reichskonkordats von 1933 verletze, dürfte kaum ein geeigneter Weg sein, um - wie es in der Anfrage heisst - "die Ordnung zwischen dem Bund, seinen Ländern und den Kirchen in einer der religiösen Frieden wahrenden Weise so fortzuentwickeln, dass diese Ordnung den geschichtlichen Veränderungen und der verfassungsrechtlichen Neugestaltung angemessen ist."

So ging es in der Debatte in erster Linie weder um grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirchen, noch um die juristische Gültigkeit des Reichskonkordates, sondern um das konkrete politische

Verhalten der Bundesregierung in diesem Streit. Mit Ausnahme der CDU/CSU betonten Sprecher aller Fraktionen, dass die Klage der Bundesregierung in Karlsruhe dem Wohle der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen keinesfalls diene. Anstatt die auch im Grundgesetz nicht eindeutig geregelte Frage der Weitergeltung dieses Konkordats auf politischem Wege zu lösen, durch Einschalten des Parlaments, durch Fühlungnahme mit den Ländern, die als Träger der Kulturhoheit durch die Schulartikel des Konkordats die eigentlich Betroffenen sind, sowie durch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl, ist die Bundesregierung, wohl in der Hoffnung, einen Prestigeerfolg zu erringen, den fragwürdigen Weg der Verfassungsklage gegangen.

Als sie diese Klage einbrachte, geschah dies nicht zuletzt in der Absicht, der damaligen sozialdemokratisch geführten niedersächsischen Landesregierung Schwierigkeiten zu bereiten und den damals bevorstehenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen zu beeinflussen. Wie so oft, rächt sich auch in diesem Falle eine Massnahme der Bundesregierung, besser des Bundeskanzlers, die aus blosser Taktik geboren ist. Denn durch die Klage entfesselte Streit um das Konkordat droht neue konfessionelle Fronten aufzureissen und bereits vorhandene zu verhärten.

Von diesem Aspekt her trug die Bundestagsdebatte zweifellos zur Reinigung der Atmosphäre bei. In ihrem Mittelpunkt stand die Rede des Abgeordneten Dr. Arndt, die ein geradezu klassisches Kolleg über alle mit dem Reichskonkordat zusammenhängenden Probleme darstellte. Er beleuchtete scharf die zwielichtige Situation des Jahres 1933, von der der Inhalt des Konkordats nicht getrennt werden kann, wies an überzeugenden Beispielen die Absicht der Hitlerregierung nach, mit dem Konkordatsabschluss internationales Prestige zu gewinnen, und geißelte die juristische Fragwürdigkeit und moralische Unhaltbarkeit der Position derjenigen, die ausgerechnet unter Hinweis auf das Ermächtigungsgesetz die Rechtsgültigkeit des Konkordats behaupten.

Das Bundesverfassungsgericht wird sich in wenigen Tagen mit dem Konkordatsstreit befassen; aber - so betonte Dr. Arndt mit Recht - "verneint es die Geltung, so ist eine solche Meinung für die Kurie in keiner Weise verbindlich. Bejaht es die Geltung, so bedeutet diese Ansicht keine für die Länder gesetzeskräftige Entscheidung, zumal es gar keine Möglichkeit gibt, eine solche Auffassung gegen die Länder zu vollstrecken. Der Prozess räumt also die Gefahren nicht aus, sondern vermehrt sie nur. Eine blosser Absage an das Konkordat droht nicht allein die wünschenswerten Beziehungen zur Kurie zu trüben, sondern

würde auch im katholischen Volksteil nicht verstanden und zu seiner Beunruhigung führen. Ein bloss formales Festhalten am Konkordat dagegen, so als ob sich seit 1933 gar nichts verändert hätte, würde wiederum andere Volksteile mit Besorgnis erfüllen, insbesondere beachtliche Kreise innerhalb des evangelischen Kirchenvolkes."

Die Antwort der Bundesregierung, die sich im wesentlichen auf den bevorstehenden Termin in Karlsruhe berief und in der Sache wenig Neues vorbrachte, eröffnet deshalb keinen Ausweg aus der verfahrenen Situation, wie auch das Bundesverfassungsgericht entscheiden möge. Denn "die Glaubwürdigkeit unserer Staatsidee steht auf dem Spiel, der religiöse Friede droht in Gefahr zu geraten, wenn die Parität zwischen den Kirchen ungewahrt bleibt und nicht ein Ausgleich gefunden wird, der kein Gewissen verletzt und den Freiheitsrechten aller gerecht wird."

\* \* \*

#### Rüstung um der Konjunktur willen?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die westliche Reaktion auf die massive sowjetische Truppen-Reduktion war schlechthin peinlich. Obgleich man infolge Chruschtschows Redseligkeit schon Wochen zuvor informiert worden war, dass eine solche Truppenreduktion erfolgen würde, wusste man nicht, was darauf antworten. Die einen - zu denen etwa Eisenhowers Abrüstungsspezialist Stassen gehört - erblickten darin einen echten Beweis sowjetischen Abrüstungswillens, die anderen - zu denen etwa Bundeskanzler Adenauer gehört - gaben zu erkennen, dass sie nicht einmal an die Durchführung der Truppen-Reduktion glaubten. Die Mehrzahl der offiziellen Kommentatoren jedoch versuchte verlegen, sich zwischen diesen beiden Positionen hindurchzuwinden und gab überdeutlich zu erkennen, dass der sowjetische Schritt ihnen peinlich sei. Oft gewinnt man den Eindruck, gewisse Politiker im Westen wünschten sich den alten Stalin wieder herbei, um ihre Militärpolitik besser rechtfertigen zu können.

Wer es mit dem Frieden wirklich ernst meint, müsste die Sowjets doch ermuntern, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzufahren, und seine eigene Bereitschaft bekunden, ihnen auf diesem Wege zu folgen. Dazu benötigte man allerdings eine Konzeption, doch wenn die labile Reaktion des Westens auf die sowjetischen Truppenreduktionen etwas bewiesen hat, dann ist es die westliche Konzeptionslosigkeit auf diesem Gebiete. Leider nicht nur auf diesem Gebiete. Was man gegenwärtig in der Bundesrepublik

an Auseinandersetzungen über die Konjunkturpolitik erlebt, ist ein gesamt-westliches Problem, denn überall im Westen hat man ähnliche Sorgen. Gesamt-westlich jedoch ist auch die Konzeptionslosigkeit im Hinblick auf eine aktive Konjunkturpolitik. Es mahnt doch ausserordentlich zum Aufsehen, wenn massgebliche Nationalökonomien heute eine amerikanische Wirtschafts-Depression prophezeien, die auch Europa in Mitleidenschaft ziehen werde. Hat man keine Politik gegen eine Konjunkturüberhitzung, so hat man erst recht keine gegen eine Depression, eine Wirtschaftskrise. Man stünde ihr genau so ratlos gegenüber wie den sowjetischen Truppenreduktionen. Denn mit Militärpolitik ist auch hier nichts anzufangen.

#### Gefährliche Vorschläge

Allerdings gilt das nur mit einer Einschränkung. Die Konzeptionslosigkeit gegenüber einer Wirtschaftsdepression ist insofern ganz besonders gefährlich, weil sie gewisse Kreise zu Kurzschluss-handlungen verleiten könnte. Man erinnert sich, dass vor kurzem, als in England die Inflationsspirale so bedrohlich anzog, einige konservative Wirtschaftstheoretiker vorschlugen, man solle doch einfach künstliche Arbeitslosigkeit schaffen, um der Inflation Herr zu werden. Man sollte es nicht für möglich halten, dass im Jahre 1956 noch irgendjemand diese brutale Form kapitalistischer Wirtschafts-"Lenkung" offen zu propagieren wagte. Aber es ist doch geschehen. Nun gibt es bekanntlich eine nicht mehr brutale, sondern schlechthin unmenschliche und wahnwitzige Theorie, wonach Wirtschaftskrisen durch Aufrüstung und Kriege zu überwinden seien. Wer garantiert, dass gewisse Kreise nicht auch diese Theorie propagieren würden, wenn in England offen die Bekämpfung der Inflation durch Schaffung von Arbeitslosigkeit vorgeschlagen wurde?

Schon einmal seit Kriegsende begann es in den USA zu kriseln, doch damals kam als rettender "deus ex machina" der Korea-Krieg, und statt der Krise kam der Korea-Boom. Ein zweites Mal wird der Krenl dem Westen den Gefallen nicht mehr erweisen, durch ein neues Korea eine sich ankahnende westliche Depression in einen Boom zu verwandeln. Nun ist es zwar glücklicherweise dank dem Friedenswillen der Völker so gut wie unmöglich, vom Westen aus kriegerische Konflikte zu provozieren, um damit eine drohende Wirtschaftskrise abzuwenden. Das ist ein ganz gewaltiger Fortschritt gegenüber der imperialistischen Periode des Westens. Aber man tut andererseits doch gut daran, die westliche Konzeptionslosigkeit in der Abrüstungsfrage nicht nur unter militärpolitischen Aspekten zu sehen. Die von gewissen westlichen Kreisen allzu deutlich gezeigte Abneigung, die Rüstungsproduktion nicht einzuschränken, selbst wenn der Gegner mit dem guten Beispiel voranginge, dürfte auch seine wirtschaftspolitischen Gründe haben. Und das ist zweifellos vom Übel, denn die Folge davon könnte eines Tages sein, dass man weitgehend nur wegen einer Wirtschaftsdepression - koste es was es wolle - weiterrüstet.

Eines Kanzlers Rede

n. Eine grosse südwestdeutsche Zeitung, die der Kanzler in Köln ungewöhnlich heftig angegriffen hatte, hat auf raffinierte Weise Vergeltung geübt: sie hat am letzten Mittwoch den Wortlaut dieser Rede nach dem unbestechlichen Verfahren der Tonbandaufnahme veröffentlicht. Sie folgte damit, in etwa, dem Beispiel einer Wochenzeitung, die eine ganze Seite mit ausgewählten Kanzlerzitaten aus dessen Stuttgarter Rede gefüllt hatte, ohne Kommentar. Diese Zitate sollten für sich - wenn gewiss auch nicht für den Kanzler - sprechen. Das taten sie denn auch.

Der Wortlaut der Kölner Rede - zu der <sup>Kanzler</sup> sich Tage vorher angemeldet hatte - ist auch recht bemerkenswert. Ihre Schlußsätze gipfeln in der Aufforderung, einfacher zu denken. Wörtlich heisst es: "Je einfacher denken, ist oft eine wertvolle Gabe Gottes. Und diejenigen, die so verdreht denken, sind nicht immer die klügsten Männer, wobei ich noch hinzufüge: ich habe niemanden damit gemeint. Aber nun, ich komme zum Schlusse und möchte nochmals das sagen, was ich eben gesagt habe. Die Situation ist da. Die Situation ist auch nach meinem Gefühl ernst." Dies freilich ist wahrhaft einfach gedacht.

Übrigens denkt man bei der Lektüre auch an eine dringende Mahnung des Kanzlers an die im Presseklub versammelten Journalisten, die deutsche Sprache pfleglicher zu behandeln. Nun, diese Rede, die mit den Worten beginnt: "Ich bin, trotzdem ich wusste, dass ich hier in eine etwas geladene Atmosphäre kam...", diese Rede ist eine einzige Sünde gegen die deutsche Sprache, man lese sie nach. Diesen Punkt hätte man aber gewiss diskret übergangen, wenn nicht eben jene Schulmeisterei noch zu frisch in Erinnerung gewesen wäre.

In der Kölner Rede, ihrem geringen Umfang nach mehr eine Ansprache, findet sich neben einer siebenmaligen, und deshalb ziemlich auffälligen, ausdrücklichen Versicherung "Ich möchte mal in aller Offenheit sprechen" der schlichte Satz: "Meine Herren, die aussenpolitische Lage der Welt ist noch niemals in den letzten sieben Jahren - ich glaube, man kann noch weitergehen - so schwierig, so verworren, so unsicher gewesen wie jetzt". Und etwas später wird wieder einmal Sowjetrussland als "unser Todfeind" angesprochen.

Schwierigkeiten, Verwirrung und Unsicherheit bestehen wohl in erster Linie für den Bundeskanzler. Ihm ist es offenbar unmöglich, - 6 -

zu erkennen, wieviel sich in der Welt verändert hat. Dies wird heute von keinem westlichen Staatsmann mehr ernsthaft bestritten, auch dort nicht, wo man die neuen Tatbestände sehr vorsichtig beurteilt. Allein der deutsche Bundeskanzler weigert sich, davon Kenntnis zu nehmen, weil dies die Notwendigkeit einschliesse, seine eigene Politik zu revidieren.

Eines der stärksten Argumente, mit dem er Behauptungen zu untermauern pflegt, ist für Dr. Adenauer immer die Aufforderung gewesen, ihm doch zu glauben. Etwas in dem Sinne: Die Sowjetunion wird demnächst zusammenbrechen - glauben Sie mir! Oder, wenn sie nicht zusammenbricht: Die Sowjetunion wird einen Krieg vom Zaune brechen - glauben Sie mir! - Aber es ist auf die Dauer, wenigstens in der Politik, unmöglich, das Argument durch den Anspruch auf Glauben zu ersetzen, zumal dann, wenn die Tatsachen immer häufiger und deutlicher ihren eigenen unabhängigen Weg gehen.

\* \* \*

#### Segen oder Fluch?

ler. Mit Riesenschritten geht es der zweiten industriellen Revolution entgegen. Sie wird ebenso umstürzend und weitreichend für die Umgestaltung unserer Gesellschaft sein, wie es die erste war. Das nun zu Ende gehende Zeitalter, das mit der Kohle und Elektrizität als Energiequelle begann, war von entsetzlichen Geburtswehen begleitet. Dem gewaltig angewachsenen Reichtum entsprach Kinderelend, Massenarmut und Massenausbeutung. Die Kämpfe um den Ausgleich der durch die industrielle Entwicklung geschaffenen Gegensätze erfüllten das 19. Jahrhundert bis weit in das 20. hinein.

Heute sind wir in einer ähnlichen Lage wie vor 150 Jahren. Eine neue Revolution ist angebrochen, die die ganze bisherige Form der Wirtschaft und der Gesellschaft umstürzt und die Lebensbedingungen aller Menschen entscheidend verwandelt. Durch die atomaren Kräfte entstehen neue Quellen industrieller Energie und damit eine neue Phase der Mechanisierung unserer Fabriken: die Automation. Wer seiner Fick der Zukunft zugewandt hat, muss heute schon Vorsorge treffen, dass die Kräfte dieser zweiten industriellen Revolution nicht mit Elementargewalt über unsere Lebensordnung hinwegfluten, sondern in Kanäle fließen, aus denen Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten für den Menschen sprießen.

Im Rahmen einer Vortragsreihe der Arbeitsgemeinschaft sozialde-

demokratischer Akademiker in München "Revolution der Roboter" kam der bekannte amerikanische Gelehrte Frederick Pollock aus Los Angeles zu höchst bemerkenswerten Feststellungen. Nach ihm ist ein Aufhalten der fortschreitenden Automatisierung nicht möglich, es heiße "automatisieren oder zugrunde gehen." Das bedinge, um ähnlich starke Erschütterungen wie in der ersten industriellen Revolution zu vermeiden, ein planvolles Wirtschaftssystem, das rechtzeitig korrigierende Eingriffe vornimmt. Wer die Gefahren der Automation verniedliche, gleiche dem Zauberlehrling, der die gerufenen Geister nicht einmal mit Hilfe seines Meisters loswerden kann. Nach Meinung Pollocks kann sich im Gefolge der unvermeidlichen Automatisierung mit ihrer Auswahl und Schulung besonders begabter Arbeitskräfte eine neue "Automations-Aristokratie" entwickeln, die in scharfem wirtschaftlichen und sozialen Gegensatz zu den in nicht automatisierten Betrieben beschäftigten Arbeitern stehe.

Noch sind dies gewisse nicht die Probleme vor heute, aber bestimmt jene vor morgen. Aber wie unabweislich dieser auf uns zukommende Prozess des Wandels unserer industriellen Landschaft ist, besagt der Bericht des Hamburger Atomphysikers Dr. Erich Bagge. Er hatte an einer Moskauer Konferenz über Kernphysik teilgenommen. In der Sowjetunion schießen nach seiner Wörter Atom- und Automations-Anlagen geradezu aus dem Boden. Sie bildet mehr Techniker und Physiker aus als die westlichen Länder zusammengenommen, allein in Moskau studieren 2000 Physiker - soviel wie insgesamt in der Bundesrepublik. Schon aus Gründen der Selbsterhaltung werden die westlichen Länder und besonders die Bundesrepublik, die hier an letzter Stelle steht und den Verlust von 20 Jahren aufzuholen hat, nachziehen müssen, wollen sie nicht im Zeitalter der sich erbahnenden konkurrierender Ko-Existenz unter den Schlitzen geraten.

So ist es dann auch kein Zufall, dass zwei Hauptreferate auf dem bevorstehenden Parteitag der SPD in München sich mit der zweiten industriellen Revolution befassen werden. Die Partei erfüllt damit eine nationale Notwendigkeit. Der technische Fortschritt ist nicht aufzuhalten, wohl aber gilt es, ihn in Bahnen zu lenken, die dem Menschen nicht zum Fluche gereichen.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Hauser